

**Ausschreibungsangaben und -bedingungen
für die europaweite Ausschreibung:
Planungsleistungen TGA/ELT
für das Vorhaben
„Neubau Kindertagesstätte mit Mehrfachnutzung
in Kitzscher“**

gemäß Vergabeverordnung (VgV)

Referenznummer 03/2024

Inhaltsverzeichnis

1. Rahmendaten der Ausschreibung	4
1.1 Name und Adresse der Auftraggeberin	4
1.2 NUTS-Code	4
1.3 Internetadresse	4
2. Gemeinsame Beschaffung	4
2.1 Kommunikation	4
2.2 Internetadresse	4
3. Art der Auftraggeberin	4
4. Haupttätigkeiten der Auftraggeberin	5
5. Umfang der Leistung	5
5.1 Bezeichnung des Auftrages	5
5.2 CPV-Code Hauptteil	5
6. Art des Auftrages	5
7. Inhalt des Auftrags	5
7.1 Kurze Beschreibung	5
7.2 Allgemeine Beschreibung des Objektes und der Leistung/Aufgabe	6
7.3 Lageeinordnung/ Baugrundstück/ verkehrliche Anbindung	7
8. Detaillierte Beschreibung Baukörper/ Planungsziele u. a.	7
8.1 Beschreibung Baukörper	7
8.2 Raumprogramm	7
8.3 Gebäudetechnik	8
8.4 Erschließung/ Regenwasser	8
8.5 Ausschreibungsgegenstand/ finanzielle und zeitliche Rahmenbedingungen	8
8.6 Vorliegende Unterlagen/Vorhandenen Planungsunterlagen	9
9. Geschätzter Gesamtwert	9
10. Angaben zu den Losen	9
11. Beschreibung	9
11.1 Bezeichnung des Auftrages	9
11.2 Erfüllungsort	9
11.3 Hauptort der Ausführung	9
11.4 Beschreibung der Leistung	9
12. Zuschlagskriterien	10
13. Geschätzter Wert	10
14. Laufzeit des Vertrages	11
15. Hinweise zum Verfahren	11
15.1 Angaben zur Beschränkung der Zahl der Bewerber	11

15.2 Angaben zu Varianten	12
15.3 Angaben zu Optionen	12
15.4 Angaben zu Mitteln der Europäischen Union	12
15.5 Zusätzliche Angaben	12
16. Teilnahmebedingungen	13
16.1 Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister	13
16.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	14
16.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	15
17. Bedingungen für den Auftrag/ Angaben zu einem besonderen Berufsstand	17
18. Beschreibung der Zuschlagskriterien	18
18.1 Hinweise zu den Zuschlagskriterien (b-g, i)	18
18.2 Bewertung	19
18.3 Referenzprojekte mit vergleichbarer Aufgabe/ Sanierung von Gebäuden; Fördermittel (a, h)	19
18.4 Zuschlagskriterien/ Qualitätskriterien/ Hinweise allgemein	20
18.5 Zuschlagskriterium: Honorarangebot/ Allgemeines (j)	21
18.6 Honorarangebot - Höhe/ Bewertung	21
18.7 Zusätzliche allgemeine Hinweise	22
19. Verfahren/Verfahrensart	22
19.1 Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer	22
19.2 Angaben zur Verhandlung	22
19.3 Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)	23
20. Verwaltungsangaben (Termine/ Fristen)	23
20.1 Frühere Bekanntmachungen zu diesem Verfahren	23
20.2 Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge	23
20.3 Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe	23
20.4 Voraussichtlicher Tag des Eingangs der Angebote	23
20.5 Sprache in der die Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können	23
20.6 Bindefrist des Angebots	23
21. Weitere Angaben	23
21.1 Angaben zur Wiederkehr des Auftrags	23
21.2 Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen	23
22. Rechtsbehelfsbelehrungen/ Nachprüfungsverfahren	25
22.1 Zuständige Stelle für Rechtsbehelfsbelehrungen/Nachprüfungsverfahren	25
22.2 Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt	26
23. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung	26

**Europaweite Ausschreibung Planungsleistungen TGA/ELT für das Vorhaben
„Neubau Kindertagesstätte mit Mehrfachnutzung in Kitzscher“**

1. Rahmendaten der Ausschreibung

1.1 Name und Adresse der Auftraggeberin

Stadt Kitzscher
Bürgermeister Herr Maik Schramm
Ernst-Schneller-Straße 1
04567 Kitzscher
Deutschland

Tel.: + 49 3433 79090
Fax: + 49 3433 790936
E-Mail: stadtverwaltung@kitzscher.de

Bauamt
Sachbearbeiterin
Frau Bettina Molonok
Tel.: + 49 3433 790919
Fax: + 49 3433 790936
E-Mail: bauamt@kitzscher.de

1.2 NUTS-Code

DED52

1.3 Internetadresse

<https://www.kitzscher.de>

2. Gemeinsame Beschaffung

2.1 Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten vollständigen und direkten Zugang gebührenfrei auf der Internetseite www.evergabe.de zur Verfügung.

2.2 Internetadresse

Hauptadresse: <https://www.kitzscher.de>

Adresse des Beschaffer-Profiles: www.evergabe.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind ausschließlich über www.eVergabe.de einzureichen.

3. Art der Auftraggeberin

Regional- oder Kommunalbehörde

4. Haupttätigkeiten der Auftraggeberin

Allgemeine öffentliche Verwaltung

5. Umfang der Leistung

5.1 Bezeichnung des Auftrages

Planungsleistungen TGA/ELT für das Vorhaben „Neubau Kindertagesstätte mit Mehrfachnutzung in Kitzscher“; Referenznummer der Bekanntmachung 03/2024

5.2 CPV-Code Hauptteil

71221000-3

6. Art des Auftrages

Dienstleistungen

7. Inhalt des Auftrags

7.1 Kurze Beschreibung

Die Stadt Kitzscher ist eine Kleinstadt in Sachsen im Landkreis Leipzig gelegen. Sie befindet sich ca. 25 km südlich von Leipzig und ca. 3 km östlich der Kreisstadt Borna. Mit der Halde Trages befindet sich auf dem Gemeindegebiet der Stadt Kitzscher eine der höchsten Erhebungen der Leipziger Tieflandsbucht. Die Stadt wird darüber hinaus im Süden durch den Bockwitzer See begrenzt. Der Ort, der bereits auf eine lange Siedlungsgeschichte zurückblicken kann, ist insbesondere seit 1965 und 1967 durch die Entstehung von neuen Wohngebieten geprägt, die insbesondere durch den Bau der Kraftwerke Lippendorf und Thierbach befördert waren. Seit 1973 kam es zu einigen Eingemeindungen von Ortsteilen, dabei handelte es sich um Thierbach, Dittmannsdorf, Braußig, Trages und Hainichen. Dies führte unter anderem schon 1974 zur Verleihung des Stadtrechtes an Kitzscher. Heute leben in Kitzscher und seinen Ortsteilen ca. 5182 Einwohner.

Die Lage der Stadt Kitzscher im Umland der Stadt Leipzig und der nach wie vor bestehenden Gewerbegebiete, u. a. in Lippendorf, bringen eine besondere Attraktivität für Ansiedlungen mit sich. Dementsprechend ist die Stadt Kitzscher derzeitig dabei ein weiteres Wohngebiet mit insgesamt 100 Baugrundstücken in zwei Bauabschnitten zu erschließen.

Des Weiteren ist die Stadt Kitzscher gut in das Mitteldeutsche Verkehrsverbundsystem eingebunden und damit auch gut erreichbar.

Wegen dieser positiven Entwicklung muss die Stadt weiter an Attraktivität, gerade für Familien mit Kindern, gewinnen und den entstandenen und noch entstehenden Bedarf an zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder decken. Die Deckung des tatsächlichen Bedarfs ist bereits derzeit nicht möglich. Von daher soll es zum Neubau einer Kindertagesstätte bzw. eines Gebäudes kommen, welches auch zur Nutzung für Vereine und kleinere Gewerbe dient und einer Mehrfachnutzung zugänglich ist.

Die Maßnahme soll durch Fördermittel gestützt werden, es sind Mittel nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen (RL InvKG) avisiert. Der potenzielle Bieter hat den Auftraggeber auch insofern im üblichen Rahmen zu unterstützen.

Für die Förderung ist die erforderliche Grundleistung der LPH 3 nach §§ 55 ff. HOAI zu bringen, die im Zeitraum bis 30.11.2024 abgeschlossen sein soll.

Es wird auf den bereits vorliegenden Erläuterungsbericht bzw. die Projektbeschreibung verwiesen.

7.2 Allgemeine Beschreibung des Objektes und der Leistung/ Aufgabe

Mit der hier vorliegenden Ausschreibung sind nur die Planungsleistungen TGA/ELT ausgeschrieben. Insofern sind sämtliche gesetzliche Vorgaben sowie die Vorgaben des Auftraggebers, welche sich aus dieser Ausschreibung ergeben, zu berücksichtigen.

Es soll ein Neubau einer Kindertagesstätte mit Mehrfachnutzung und einer Kapazität von 84 Plätzen entstehen, davon sind 5 Plätze als Inklusionsplätze geplant. Dabei soll im Ergebnis der Entwurfsphase ein Gebäude zur Realisierung kommen, welches den höchsten Ansprüchen an die Planung TGA/ELT und die Nachhaltigkeit einer Kindertagesstätte genügt.

Darüber hinaus ist die vorgesehene Mehrfachnutzung mit kleineren und größeren Einheiten (gewerbliche Nutzung und Nutzung als Vereinsräume u. a.) zu beachten.

Ziel der Planungsleistungen TGA/ELT soll dabei sein, eine Planung vorzulegen, die sowohl nachhaltige als auch gleichzeitig wirtschaftlich realisierbare Lösungen anbietet. Das soll nicht nur für die am Bau zu verwendenden Materialien gelten, sondern vor allem auch die Nutzung erneuerbarer Energien umfassen. Selbstverständlich ist das Augenmerk hauptsächlich auch auf die Folgekosten zu richten, die möglichst niedrig zu halten sind.

Ganz allgemein muss die Planung für die Kindertagesstätte auf den augenblicklich geltenden Richtlinien/Verordnungen und Empfehlungen des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zu den räumlichen Anforderungen an Kindertages-einrichtungen aus dem Jahr 2005 und den Anforderungen im Sinne des § 7 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zur Integration von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern in Tageseinrichtungen (Sächsische Integrationsverordnung - SächsIntegrVO) vom 13.12.2002 basieren.

Für die Mehrfachnutzung in gewerblicher Hinsicht und für Vereine müssen geeignete Einheiten gefunden und geschaffen werden. Hier sollten zum Beispiel sinnvolle gemeinsame Nutzungsmöglichkeiten in Bezug auf Sanitär- und Versorgungsanlagen einen wirtschaftlich gewerblichen Betrieb ermöglichen.

Die Maßnahme soll durch Fördermittel gestützt werden, es sind Mittel nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen (RL InvKG) avisiert. Der potenzielle Bieter hat den Auftraggeber auch insofern im üblichen Rahmen zu unterstützen.

7.3 Lageeinordnung/ Baugrundstück/ verkehrliche Anbindung

Das Baugrundstück kann wie folgt konkretisiert werden:

Es befindet sich optimal etwas abgelegen von den Hauptverkehrsstraßen und in unmittelbarer Nachbarschaft zu Oberschule und Sporthalle, dennoch aber auch in zentraler Lage in Kitzscher, wobei der nördliche Teil des Flurstückes 903/58 für den Baukörper und die südliche Grundstückshälfte für den Freibereich und die Außenanlagen genutzt werden können.

Landkreis: Leipzig
Kommune: Stadt Kitzscher
Straße: Eulaer Straße
Gemarkung: Kitzscher
Flurstück: 903/58

Eigentümer des Grundstücks ist die Stadt Kitzscher.

Grundstücksgröße insgesamt: ca. 6525 m²

Das Baufeld liegt im Innenbereich. Die gesetzlichen Regelungen sind insofern zwingend einzuhalten.

Das Grundstück ist derzeit unbebaut.

Der Standort ist gut erreichbar über die Eulaer Straße.

Parkmöglichkeiten sollen für PKW über den Stellplatznachweis ermittelt und am Objekt direkt für die Eltern zur Verfügung gestellt werden, sofern diese nicht schon vorhanden sind.

Es wird ergänzend auf den Lageplan verwiesen, welcher anliegt.

8. Detaillierte Beschreibung Baukörper/ Planungsziele u. a.

8.1 Beschreibung Baukörper

Es soll ein Neubau einer Kindertagesstätte entstehen. Die Planung TGA/ELT hat besonderen Ansprüchen an Funktionalität und Nachhaltigkeit zu genügen.

Das neu zu errichtende Gebäude soll die Betreuung von insgesamt 84 Kindern (inklusive 5 Inklusionsplätzen) ermöglichen.

8.2 Raumprogramm

Das Raumprogramm muss zwingend den augenblicklich geltenden Richtlinien/Verordnungen und Empfehlungen des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zu den räumlichen Anforderungen an Kindertageseinrichtungen aus dem Jahr 2005 und den Anforderungen im Sinne des § 7 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zur Integration von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern in Tageseinrichtungen (Sächsische Integrationsverordnung - SächsIntegrVO) vom 13.12.2002 genügen.

Der Planer TGA/ELT hat sich insofern mit dem Objektplaner abzustimmen.

Das Raumprogramm sollte erst nach sorgfältiger Abwägung, im Rahmen der Entwurfsplanung und einer abschließenden gemeinsamen Entscheidung unter Einbindung des Stadtrates und des Nutzers, zur Grundlage der weiteren Planungen werden.

Die Mehrzwecknutzung soll vor allem Seniorenveranstaltungen, Chorproben u. a. ermöglichen, aber auch zum Beispiel für eine Physiotherapie und die Volkssolidarität Möglichkeiten eröffnen.

8.3 Gebäudetechnik

Es sind in jeder Hinsicht wirtschaftliche und gleichzeitig ökologische sowie nachhaltige Lösungen bei der Gebäudetechnik anzustreben, die im Besonderen auch die Minimierung von Folgekosten im Blick haben. Ein über die ENEC-Anforderungen hinausgehend energetischer Standard ist daher anzustreben.

Aufgrund der sicherlich extremer werdenden klimatischen Bedingungen ist es wichtig, dass zumindest einzelne Räume gekühlt bzw. teilklimatisiert werden können. Aus Sicht des Auftraggebers ist deshalb ein praktikables und wirtschaftliches Lüftungskonzept bereits zu einem frühen Zeitpunkt in die Planung einzubeziehen.

Das Gebäude soll möglichst für die Eigenversorgung über eine Photovoltaikanlage auf dem Flachdach verfügen.

8.4 Erschließung/ Regenwasser

Eine Regenwasserspeicherung zum Beispiel über eine Zisterne, um gegebenenfalls auch die Außenanlagen zu bewässern, wäre zu überlegen. Weitere Planungen bleiben aber der ausgeschriebenen Leistung vorbehalten.

8.5 Ausschreibungsgegenstand/ finanzielle und zeitliche Rahmenbedingungen

Als Kostenrahmen sind insgesamt (KG 200-700) 4.581.500,00 EUR brutto/ 3.850.000,00 EUR netto veranschlagt. Als Kostenrahmen für die KG 400 werden ca. 330.000,00 EUR netto veranschlagt. Die Maßnahme soll durch Fördermittel gestützt werden, es sind Mittel nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen (RL InvKG) avisiert. Der potenzielle Bieter hat den Auftraggeber auch insofern im üblichen Rahmen zu unterstützen.

Die Förderung ist zeitnah einzureichen, weshalb Planungen TGA/ELT bis zur LPH 3 in dem für die Antragsreife erforderlichen Umfang bis Ende November 2024 abzuschließen sind.

Im Übrigen sind alle Grundleistungen der HOAI für folgende Punkte zu erbringen und sind Gegenstand dieser Ausschreibung:

Technische Gebäudeausrüstung/ELT, LPH 1-9, § 55 f. HOAI

Die Planungsleistungen TGA/ELT bis zur LPH 3 § 55 f. HOAI sind zwischen August und November 2024 zu erbringen. Die Leistungsphasen 4-9 sollen im Anschluss, insbesondere nach der Gewährung von Fördermitteln, erbracht werden.

Die zeitliche Einordnung stellt keine abschließende Vorgabe dar, ist jedoch weitgehend einzuhalten.

8.6 Vorliegende Unterlagen/ Vorhandenen Planungsunterlagen

Es liegen keine Planungsunterlagen für die Planung TGA/ELT vor. Vorhandene Unterlagen zur Objektplanung liegen an (Grundlagenermittlung und Vorplanung (LPH 1, 2 §§ 34 ff. HOAI).

9. Geschätzter Gesamtwert

ca. 4.581.500,00 EUR brutto/ 3.850.000,00 EUR netto

10. Angaben zu den Losen

Aufteilung in Lose: nein

11. Beschreibung

11.1 Bezeichnung des Auftrages

Dienstleistung

11.2 Erfüllungsort

Stadt Kitzscher

11.3 Hauptort der Ausführung

Stadt Kitzscher

11.4 Beschreibung der Leistung

Die Stadt Kitzscher will den Neubau einer Kindertagesstätte in eingeschossiger Bauweise umsetzen und insofern hier die Planungsleistungen TGA/ELT vergeben.

Das neu zu errichtende Gebäude soll die Betreuung von insgesamt 84 Kindern (inklusive 5 Inklusionsplätze) ermöglichen.

Im Übrigen ist auf die vorstehende Beschreibung der Leistungen zu verweisen und es sind die nachfolgend benannten Grundleistungen der HOAI zu erbringen:

Planung Technische Gebäudeausrüstung/ELT; LPH 1-9, § 55 f. HOAI

Die Ausschreibung erfolgt jeweils optional (bis LPH 3, 4; 5-7 und 8-9) und die Beauftragung der Optionen ist von der Bewilligung von Fördermitteln und Erteilung der Baugenehmigung abhängig.

Als Kostenrahmen für die Maßnahme sind insgesamt (KG 200-700) ca. 4.581.500,00 EUR brutto/ 3.850.000,00 EUR netto veranschlagt. Als Kostenrahmen für die Leistung ELT (KG 400) sind ca. 330.000,00 EUR netto veranschlagt.

KG	Kostengruppen	Kosten EUR/brutto
100	Grundstück	-
200	Vorbereitende Maßnahmen	65.000,00
300	Bauwerk-Baukonstruktionen	2.493.500,00
400	Bauwerk-Technische Anlagen	785.000,00
	Bauwerk	
500	Außenanlagen und Freiflächen	357.000,00
600	Ausstattung und Kunstwerke	226.000,00
700	Baunebenkosten	655.000,00
Summe		4.581.500,00

Der potenzielle Bieter¹ soll Erfahrungen bei der Beantragung und dem anschließenden Umgang mit Fördermitteln einschließlich deren Abrechnung gegenüber dem Fördermittelgeber haben.

12. Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien sind die nachstehend näher bezeichneten Kriterien:

Zuschlagskriterium	Gewichtung
umfassende Darstellung eines einschlägigen Referenzobjektes für einen öffentlichen Auftraggeber	15
Darstellung eines möglichen Umsetzungskonzeptes/ Ideenkonzept	10
Vorstellung zur Projektorganisation/ interne und externe Kommunikation	10
Darstellung und Herangehensweise an die Kostenplanung und die Sicherung des Kostenrahmens	10
Darstellung und Herangehensweise an die zeitliche Umsetzung der Planung und Ausführung/ Vorstellung eines ersten möglichen Terminplanes/ Sicherung der Termine	5
Methoden zur Sicherung der Kosteneffizienz/ Qualitätsmanagement/ Sicherung der Folgekosten	5
Nachhaltigkeit am Bau/ Ökologie/ ökologische Materialien	10
Erfahrungen bei der Unterstützung zur Beantragung und Umsetzung sowie Abrechnung von Fördermitteln	5
Vorstellung des Projektteams/ Verfügbarkeit der Projektbeteiligten/ Präsentation des Projektteams/ technische Büroausstattung	10
Preis	
Honorar mit Kosten/ Nebenkosten/ Stundenlöhne/ Besondere Leistungen	20

13. Geschätzter Wert

77.350,00 EUR brutto/ 65.000,00 EUR netto

¹Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher, weiblicher u. a. Sprachformen verzichtet. Alle geschlechtsspezifischen Bezeichnungen gelten für alle Geschlechter gleichermaßen ohne jegliche Wertung oder Diskriminierungsabsicht.

14. Laufzeit des Vertrages

01.08.2024 bis 30.11.2024

Die Laufzeit des Vertrages betrifft vorstehend zunächst nur die Leistungen LPH 3 der § 55 f. HOAI in Bezug auf die erforderliche Antragsreife.

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

Die Auftragserteilung erfolgt optional und bezieht sich zunächst auf die Leistungsphasen 1-3 §§ 55 ff. HOAI. Im Falle der Gewährung von Fördermitteln und im Anschluss der Erteilung der Baugenehmigung soll es jeweils zur weiteren Beauftragung und damit zur Fortsetzung des Auftrages kommen.

15. Hinweise zum Verfahren

15.1 Angaben zur Beschränkung der Zahl der Bewerber

Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5

Die Wertung der eingehenden Bewerbungen erfolgt unter objektiven Kriterien und wird, wie nachstehend aufgeführt, bewertet.

Kriterium	max. erreichbare Punktzahl
durchschnittlicher Gesamtumsatz (Jahresmittel) der vergangenen drei Jahre (2021, 2022, 2023)	5
durchschnittliche Umsatz für einschlägige Leistungen in den vergangenen drei Jahren (2021,2022, 2023)	5
durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter der vergangenen drei Jahre (2021, 2022, 2023)	5
durchschnittliche Anzahl der Architekten und Ingenieure der vergangenen drei Jahre (2021, 2022, 2023)	5
Berufserfahrung des Projektleiters	5
Berufserfahrung des Projektstellvertreters	5
Berufserfahrung Planung TGA/ELT	5
Anzahl der Referenzen für Kitaeinrichtungen bzw. vergleichbare Planungsleistungen (TGA/ELT) in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023)	5
Anzahl der Referenzen für öffentliche Auftraggeber <u>und</u> mit Fördermitteln in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023)	5

Die Gewichtung differenziert zwischen 1, 3 und 5 Punkten, wobei die jeweilig gestellten Mindestanforderungen immer mit 1 Punkt bewertet sind.

Die teilweise Erfüllung der o. g. Kriterien führt nicht zum Ausschluss, sondern zu einer entsprechend geringeren Bewertung, vorausgesetzt, die Mindestkriterien sind erfüllt.

Die Bewertungsübersicht bzw. -matrix steht wie der Teilnahmeantrag u. a. auf www.eVergabe.de zur Verfügung.

Das weitere Verfahren wird auf die punktbesten Bewerber der Plätze 1 bis max. 5 beschränkt.

Bei Punktgleichheit erfolgt die Entscheidung durch Losentscheid.

15.2 Angaben zu Varianten

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

15.3 Angaben zu Optionen

Optionen: ja LPH bis 3 § 55 f. HOAI; 4, 5-7, 8-9 HOAI nach §55 f. HOAI

Grund der Optionen: Gewährung von Fördermitteln, Erteilung Baugenehmigung

15.4 Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Nein

Die Maßnahme soll durch Fördermittel gestützt werden, es sind Mittel nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen (RL InvKG) avisiert. Der potenzielle Bieter hat den Auftraggeber auch insofern im üblichen Rahmen zu unterstützen.

15.5 Zusätzliche Angaben

Der Teilnahmeantrag, der EEE-Vordruck (zwingend zu verwendende Unterlagen) sowie die Bewertungsmatrizen und der Vertragsentwurf stehen unter www.eVergabe.de zur Verfügung.

Die Anfragen und die Antworten von Bewerbern werden ebenfalls eingestellt und sind anonym.

Jeder Bewerber hat die Möglichkeit das Grundstück bzw. dessen Lage zu besichtigen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Fragen können aus Gründen der Transparenz ausschließlich schriftlich über das Portal www.eVergabe.de erfolgen und dann form- und fristgerecht beantwortet werden.

Die Ausschreibung berücksichtigt die Belange des Mittelstandes angemessen, indem die Beteiligung auch von Bergwerksgemeinschaften und Nachunternehmern ermöglicht wird und diese in Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und die technische und berufliche Leistungsfähigkeit regelmäßig durch Addition der jeweiligen Anforderungen mit dem Mitglied der Bergwerksgemeinschaft oder dem eigentlichen Bewerber und anderen Nachunternehmern ebenfalls die Mindestanforderungen erfüllen können und auch die Mindestanforderungen in Bezug auf die Referenzen sowohl durch den Bewerber oder das Mitglied der Bergwerksgemeinschaft oder die die Leistung erbringende Nachunternehmer gebracht werden können.

Sollten sich Bewerbergemeinschaften bewerben, die sich im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, sind alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu benennen. Es ist anzugeben, wer der bevollmächtigte Vertreter der Bewerbergemeinschaft ist und welches Mitglied der Bewerbergemeinschaft welche Leistungen im Falle der Auftragserteilung erbringen wird.

Die Bewerbergemeinschaft hat der Auftraggeberin einen Ansprechpartner für alle wirtschaftlichen und planungsrechtlichen Fragen zu benennen.

Den Ausschreibungsunterlagen ist ein Lageplan angefügt.

16. Teilnahmebedingungen

16.1 Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende Erklärungen und Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag abzugeben:

- a) Befähigung zur Erlaubnis der Berufsausübung mit Nachweis der Berufszulassung durch Eintragung in ein Berufsregister entsprechend den Vorgaben der Europäischen Union bzw. desjenigen EU-Staates, in dem der Bewerber tätig ist.
Nachweis, dass die Berufsbezeichnung Architekt und/oder Ingenieur geführt werden darf.
- b) Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber den Auftrag erbringt (Ausführung ausschließlich durch eigenes Unternehmen, Bewerbergemeinschaft oder mit Hilfe von Nachunternehmern).
Sollte die Leistungserbringung durch Bewerbergemeinschaften oder mit Hilfe von Nachunternehmern erfolgen, ist durch den Bewerber zu erklären, wie die Aufteilung der Leistungen erfolgen wird und welche Person der Ansprechpartner für alle wirtschaftlichen und planungsrechtlichen Fragestellungen ist.
- c) Erklärung, ob und auf welche Art und Weise der Bewerber, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft oder eventuell tätiger Nachunternehmer wirtschaftlich mit anderen Unternehmen verbunden sind.
- d) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123, § 124 GWB bestehen.
- e) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG.
- f) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfalle eine Erklärung nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben.
- g) Auszufüllender und zu unterzeichnender Teilnahmeantrag nebst Anlagen und EEE-Vordruck; Unterlagen stehen unter www.eVergabe.de zur Verfügung.
- h) Bedient sich der Bewerber gemäß § 47 VgV eines Nachunternehmers, so soll er durch eine Verpflichtungserklärung derselben nachweisen, dass der jeweilige Nachunternehmer tatsächlich die ihm zgedachte Leistung erbringen kann. Die vorgenannten Nachweise und Erklärungen sind zwingend auch durch den Nachunternehmer abzugeben und den Bewerbungsunterlagen des Bewerbers beizufügen.

Eine Kostenerstattung gegenüber dem Bewerber für die Erstellung seiner Bewerbungsunterlagen erfolgt nicht. Der Bewerber erhält die Bewerbungsunterlagen nicht zurück.

Die Auftraggeberin behält sich vor, Erklärungen und Nachweise beim Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht beigelegt haben, jedoch eine Relevanz für die Wertung besteht. Die Auftraggeberin wird für die Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

16.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Folgende Erklärungen und Unterlagen sind durch oder mit den Bewerbungsunterlagen abzugeben oder diesen beizufügen:

- a) Erklärung zum Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023),
Erklärungen zum Umsatz bei einschlägigen Planungsleistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023); die Nachunternehmer benennen auch die Umsätze, wie vorstehend beschrieben.
Die jeweiligen Gesamtumsätze und Umsätze einschlägiger Planungsleistungen des Bewerbers oder des Nachunternehmers werden addiert und gehen als Summe in die Wertung ein.
- b) Nachweis einer Berufshaftpflicht gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 1 bzw. 4 VgV über 1.000.000,00 EUR Personenschäden und über 500.000,00 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) bei einem Versicherungsunternehmen oder Kreditinstitut, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist.
Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden.
Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckung (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und übrigen Vermögensschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsnehmers nachgewiesen werden, in der er den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.
Der Versicherungsnachweis darf, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an, nicht älter als sechs Monate sein und muss der Bewerbung beiliegen. Das Ausstellungsdatum muss aus dem Nachweis ersichtlich sein. Bei Bewerbergemeinschaften muss für jedes Mitglied und bei Nachunternehmern für jeden Nachunternehmer ein entsprechender Versicherungsnachweis vorliegen.
- c) Auszufüllender und zu unterzeichnender Teilnahmeantrag und EEE-Vordruck; Unterlagen stehen unter www.eVergabe.de zur Verfügung.

Geforderte Mindeststandards:

- durchschnittlicher Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 400.000,00 EUR
- durchschnittlicher Umsatz einschlägige Planungsleistungen (Mittel) 300.000,00 EUR

- Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung über 1.000.000,00 EUR für Personenschäden und 500.000,00 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden)
- Auszufüllender und zu unterzeichnender Teilnahmeantrag und EEE-Vordruck, Unterlagen stehen unter www.eVergabe.de zur Verfügung; Nachweis der im Auftragsfall vorliegenden Berufshaftpflichtversicherung mit den vorgenannten Deckungssummen

Die Auftraggeberin behält sich vor, Erklärungen und Nachweise beim Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht beigelegt haben, jedoch eine Relevanz für die Wertung besteht. Die Auftraggeberin wird für die Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

16.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- a) Angabe der durchschnittlichen Anzahl von Mitarbeitern in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV, die Nachunternehmer benennen auch die Mitarbeiter wie vorstehend beschrieben.
Die jeweilige Anzahl der Mitarbeiter des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft und der Nachunternehmer werden addiert und gehen als Summe in die Wertung ein.
- b) Angabe der durchschnittlichen Anzahl von Architekten und Ingenieuren (Fachkräften) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV, Angabe der im Zusammenhang mit der Leistungserbringung einzusetzenden Fachkräfte und die eindeutige Benennung des Projektleiters bzw. des stellvertretenden Projektleiters sowie der übrigen Fachplaner.
Die Erklärung des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft über die Berufsqualifikation des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters gemäß § 75 VgV.
Die Person des Projektleiters erfüllt die fachliche Anforderung, wenn er berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder „Ingenieur“ (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen.
Die Person des stellvertretenden Projektleiters erfüllt die fachliche Anforderung, wenn er berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder „Ingenieur“ (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen.
Der jeweilige Fachplaner erfüllt die fachliche Anforderung, wenn er berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder „Ingenieur“ (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung „Architekt“ oder „Ingenieur“ nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG -Berufsanerkennungsrichtlinie- gewährleistet ist.
Die Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft und die Nachunternehmer benennen auch die Anzahl der Mitarbeiter, Architekten und Ingenieure, wie vorstehend beschrieben. Die jeweilige Anzahl der Mitarbeiter, Architekten und Ingenieure des Bewerbers/der

Bewerbergemeinschaften und Nachunternehmer werden addiert und gehen als Summe in die Wertung ein.

- c) Die Berufserfahrung des Projektleiters ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.
- d) Die Berufserfahrung des stellvertretenden Projektleiters ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.
- e) Die Berufserfahrung des Planers TGA/ELT ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.

Angabe von mindestens drei Referenzen gemäß § 75 Abs. 5 VgV für die hier ausgeschriebenen zu erbringenden Planungsleistungen TGA/ELT für Kitaeinrichtungen bzw. vergleichbare Bauten in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023), § 55 f. HOAI, LPH 2-8; Angabe von mindestens zwei Referenzen für Planungsleistungen für öffentliche Auftraggeber und Umsetzung mit Fördermitteln in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023).

Referenzen können bei allen 2 vorstehenden Kategorien genannt werden, wenn mehrere der genannten Kategorien erfüllt sind.

Die Nachunternehmer benennen zu den jeweils von ihnen zu erbringenden Leistungen Referenzen, wie vorstehend beschrieben. Referenzen für Projekte, die von Nachunternehmern oder Mitgliedern der Bietergemeinschaft gemeinsam realisiert wurden, können diese jeweils für diesen Nachunternehmer oder Mitglieder der Bietergemeinschaft gezählt und insgesamt addiert werden. Bei der Leistung von Nachunternehmern gilt dies nur für die jeweils erbrachte Leistung.

Für die Referenzen gelten folgende Mindestanforderungen:

Angabe von mindestens drei Referenzen gemäß § 75 Abs. 5 VgV für die hier ausgeschriebenen zu erbringenden Planungsleistungen TGA/ELT für Kitaeinrichtungen bzw. vergleichbare Bauten in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023), §§ 34 ff. HOAI, LPH 2-8;

Angabe von mindestens zwei Referenzen für Planungsleistungen TGA/ELT für öffentliche Auftraggeber und Umsetzung mit Fördermitteln in den vergangenen drei Jahren (2021, 2022, 2023).

Die Leistungserbringung sollte durch die jeweiligen Auftraggeber schriftlich bestätigt sein.

Folgende Angaben sind bei den Referenzobjekten erforderlich:

- Bezeichnung des beauftragten Architektur- oder Ingenieurbüros
- ggf. Bezeichnung des ARGE-Partners
- ggf. Benennung des Nachunternehmers
- Projektbezeichnung
- Name des Projektleiters
- Name des stellvertretenden Projektleiters
- Projektlaufzeit (mindestens 1 x LPH 2-8)
- Projektvolumen brutto insgesamt (KG 200-700)
- Projektvolumen Planungsleistung
- beauftragte, selbst erbrachte Leistungen

- beauftragte Leistungen der/des Nachunternehmer/s
- Honorarzone
- Einhaltung des Kosten- und Terminrahmens
- Länge der Planungs- und Bauzeit
- öffentliche Fördermittel (welches Fördermittelprogramm)
- Zusammenarbeit mit einem öffentlichen Auftraggeber
- öffentliche Auftraggeber/ Kontaktdaten Auftraggeber

Sonstiges:

Für die Angaben zu den Referenzobjekten ist der Vordruck zum Teilnahmeantrag zu verwenden. Im Übrigen kann die Referenz auf jeweils höchstens zwei weiteren DIN A4-Seiten einschl. eventueller graphischer Darstellungen (Grundrisse, Ansichten, Fotos und Beschreibung in Textform) beschrieben sein.

Die Auftraggeberin behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten Auftraggebern über die Ausführung der angegebenen Referenzobjekte, die mit vorgelegt werden, zu prüfen. Bewerber, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die erbrachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Geforderte Mindeststandards des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft:

- durchschnittliche Anzahl von mindestens 3 Mitarbeitern in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023)
- durchschnittliche Anzahl von mindestens 2 Ingenieuren (im Sinne von § 75 Abs. 2 VgV) inklusive Geschäftsführung in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023)
- 7 Jahre Berufserfahrung für den Projektleiter
- 7 Jahre Berufserfahrung für den stellvertretenden Projektleiter
- 7 Jahre Berufserfahrung für den Planer TGA/ELT
- 3 Referenzen für Kitaeinrichtungen bzw. vergleichbare Bauten
- 2 Referenzobjekte für öffentliche Auftraggeber und mit Umsetzung von Fördermitteln
- Auszufüllender und zu unterzeichnender Teilnahmeantrag und Vordruck-EEE, Unterlagen stehen unter www.eVergabe.de zur Verfügung; Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung mit den vorstehend angegebenen Deckungssummen ist abzugeben

Die Auftraggeberin behält sich vor, Erklärungen und Nachweise beim Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht beigelegt haben, jedoch eine Relevanz für die Wertung besteht. Die Auftraggeberin wird für die Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

17. Bedingungen für den Auftrag/ Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten.

18. Beschreibung der Zuschlagskriterien

Folgende Zuschlagskriterien sind darzustellen:

- a) umfassende Darstellung eines einschlägigen Referenzobjektes für einen öffentlichen Auftraggeber
- b) Darstellung eines möglichen Umsetzungskonzeptes/ Ideenkonzeptes
- c) Vorstellung zur Projektorganisation / interne und externe Kommunikation
- d) Darstellung und Herangehensweise an die Kostenplanung und die Sicherung des Kostenrahmens
- e) Darstellung und Herangehensweise an die zeitliche Umsetzung der Planung und Ausführung/ Vorstellung eines ersten möglichen Terminplans/ Sicherung der Termine
- f) Methoden zur Sicherung der Kosteneffizienz/ Qualitätsmanagement/ Sicherung der Folgekosten
- g) Nachhaltigkeit am Bau/ Ökologie/ ökologische Materialien
- h) Erfahrungen bei der Unterstützung zur Beantragung und Umsetzung sowie Abrechnung von Fördermitteln
- i) Vorstellung des Projektteams/ Verfügbarkeit der Projektbeteiligten/ Präsentation des Projektteams/ technische Büroausstattung
- j) Honorar mit Kosten/ Nebenkosten/ Stundenlöhne/ Besondere Leistungen

18.1 Hinweise zu den Zuschlagskriterien (b-g, i)

Es ist ein Umsetzungskonzept mit einer kurzen Darstellung der möglichen Herangehensweise an die geplanten Leistungen vorzulegen, das auf die vorstehend ausgeführten Stichpunkte Bezug nimmt.

Bei den Darlegungen zur Umsetzung, in Bezug auf die konkret ausgeschriebene Leistung TGA/ELT, soll lediglich die Methodik skizziert und nicht die eigentliche Planungsleistung in irgendeiner Form vorweggenommen werden. Dies gilt auch für die übrigen Stichpunkte. Es handelt sich insofern nicht um Leistungen, die bereits einer Vergütung unterliegen oder unterliegen können.

Bei den Ausführungen ist zu jedem der vorstehend ausgeführten Stichpunkte b) bis g), i), die der Gewichtung unterliegen, kurz darzulegen.

Im Hinblick auf die Verfügbarkeit des Projektteams unter i) ist es für den Auftraggeber wünschenswert, wenn insbesondere während der Bauphase eine Wegzeitstrecke zum Bauvorhaben von einer Stunde nicht überschritten wird.

Im Anschluss an das Bietergespräch, dass eine Stunde nicht überschreiten sollte, wird neben der Präsentation der Ausführungen zu den vorstehenden Anforderungen auch die in Papierform vorgelegte Ausführung ausschließlich von dem im Bietergespräch anwesenden Personenkreis wegen der Form und des aufgeführten Inhalts bewertet.

Eine Kostenerstattung gegenüber dem Bewerber für die Erstellung der Ausführungen, abgesehen von der gesondert benannten Vergütung für die skizzenhafte Darstellung, erfolgt ausdrücklich nicht.

Die vorstehenden Zuschlagskriterien sind bereits im Rahmen der Angebotsabforderung über www.evergabe.de innerhalb der Angebotsfrist zu erfüllen und zum Bietergespräch in Papierform vorzulegen. Die Ausführungen sind in 7-facher Ausfertigung zu übergeben.

Die Ausführungen sollen einen Umfang von 15 DIN A4 -Seiten bei üblicher Schriftgröße nicht überschreiten.

18.2 Bewertung

Die Bewertung erfolgt nach Punkten, die anschließend gewichtet werden.

Die Punkte 5, 3 und 1 beinhalten folgende Bewertung:

5 Punkte:

Die jeweiligen Qualitätskriterien benannt unter b) bis g) und i) sind im Rahmen der Angebotsabgabe und des Bietergesprächs erfasst sowie verständlich und nachvollziehbar dargestellt. Der jeweilige Ansatz überzeugt und ist optimal geeignet, die anstehenden Aufgaben zu lösen. Schwierigkeiten, die mit der Leistungsbeschreibung verbunden sein könnten, werden erfasst, benannt und Lösungen angeboten.

3 Punkte:

Die jeweiligen Qualitätskriterien benannt unter b) bis g) und i) sind im Rahmen der Angebotsabgabe und/oder des Bietergesprächs erfasst und im Wesentlichen verständlich und nachvollziehbar dargestellt. Der jeweilige Ansatz ist geeignet, die anstehenden Aufgaben zu lösen. Schwierigkeiten, die mit der Leistungsbeschreibung verbunden sein könnten, werden erfasst.

1 Punkt:

Die jeweiligen Qualitätskriterien benannt unter b) bis g) und i) sind im Rahmen der Angebotsabgabe und/oder des Bietergesprächs nicht oder unwesentlich erfasst. Der jeweilige Ansatz überzeugt nicht. Schwierigkeiten, die mit der Leistungsbeschreibung verbunden sein könnten, werden nicht oder unzureichend erfasst.

18.3 Referenzprojekte mit vergleichbarer Aufgabe/ Sanierung von Gebäuden; Fördermittel (a, h)

Das jeweilige Referenzobjekt für eine Kitaeinrichtung bzw. eine vergleichbare Aufgabe sowie Referenzen Planungsleistungen für öffentliche Auftraggeber und mit Fördermitteln ist kurz zu beschreiben, wobei die Angaben, die im Rahmen des Teilnahmeantrags zu den Referenzen erfolgen, nicht nochmals Gegenstand der Bewertung sind. Es soll sich bei den vorgestellten Referenzen für eine vergleichbare Aufgabe und für Planungsleistungen für einen öffentlichen Auftraggeber und mit Fördermitteln um jeweils unterschiedliche Referenzen handeln.

Insbesondere wird gewertet, wie an die Umsetzung der jeweils beauftragten Leistung (bei einer vergleichbaren Leistung und für Planungsleistungen für öffentliche Auftraggeber und mit Fördermitteln) herangegangen wurde, ob und in welchem Umfang die örtliche Verfügbarkeit des Projektteams gegeben war, wie die Kommunikation mit einem und/oder

mehreren Auftraggebern erfolgte und wie im Zusammenhang mit der Beantragung der Fördermittel Unterstützung gegenüber dem Auftraggeber geleistet wurde und wie die Unterstützung gegenüber dem Auftraggeber bei der Abrechnung der Fördermittel erfolgte (zuletzt genannte beide Anforderungen nur bei der Referenz für Planungsleistungen für öffentliche Auftraggeber und mit Fördermitteln).

Das vorstehende Qualitätskriterium ist ebenfalls bereits im Rahmen der Angebotsabforderung über www.eVergabe.de innerhalb der Angebotsfrist schriftlich zu erfüllen und zum Bietergespräch in Papierform vorzulegen, die Ausführungen sind in 10-facher Ausfertigung zu übergeben.

Die Ausführungen sollen einen Umfang von 5 DIN A4 -Seiten (Kriterien a), h)) bei üblicher Schriftgröße nicht überschreiten.

Die Bewertung erfolgt nach Punkten, die anschließend gewichtet werden. Die Punkte 5, 3 und 1 beinhalten folgende Bewertung:

5 Punkte:

Das Referenzobjekt und die Herangehensweise bei einer vergleichbaren Aufgabe und bei Planungsleistungen für öffentliche Auftraggeber und mit Fördermitteln sind anschaulich dargestellt und verständlich beschrieben.

3 Punkte:

Das Referenzobjekt und die Herangehensweise bei einer vergleichbaren Aufgabe und bei Planungsleistungen für öffentliche Auftraggeber und mit Fördermitteln sind dargestellt und beschrieben.

1 Punkt:

Das Referenzobjekt und die Herangehensweise bei einer vergleichbaren Aufgabe und bei Planungsleistungen für öffentliche Auftraggeber und mit Fördermitteln sind unzureichend dargestellt und unzureichend beschrieben.

18.4 Zuschlagskriterien/ Qualitätskriterien/ Hinweise allgemein

Im Anschluss an das Bietergespräch werden neben der Präsentation der Ausführungen zu den vorstehenden Anforderungen auch die bereits im Rahmen der Angebotsabgabe eingereichten und in Papierform vorgelegten Ausführungen ausschließlich von dem im Bietergespräch anwesenden Personenkreis unter Zuhilfenahme der hier bereits anliegenden Matrix für die 2. Auswahlstufe bewertet.

Die Bewertung erfolgt durch ca. 5 Personen, bestehend wohl aus Mitarbeitern der inneren Verwaltung und Stadträten, sowie der möglichen Mitarbeiter in der Kita bzw. Vertretern des Betreibers.

Die Bewertung erfolgt entsprechend der anliegenden Wertungsmatrix/Zuschlagskriterien bzw. wie vorstehend beschrieben.

Eine Kostenerstattung gegenüber dem Bewerber für die Erstellung der Ausführungen erfolgt ausdrücklich nicht.

18.5 Zuschlagskriterium Honorarangebot/ Allgemeines (j)

Das Preisangebot ist bereits im Rahmen der Angebotsabforderung über www.evergabe.de innerhalb der Angebotsfrist schriftlich vorzulegen und zum Bietergespräch in Papierform einzureichen, die Ausführungen sind in 10-facher Ausfertigung zu übergeben.

Für das Preisangebot sollte der Bieter die jeweiligen Leistungen übersichtlich, möglichst in tabellarischer Form, darstellen.

Insofern ist ein Preisangebot zu unterbreiten, das sich an der HOAI orientiert (unter Berücksichtigung der Entscheidung des EuGH), wobei auch erkennbar sein muss, welche Vergütung auf die jeweilig geforderten Planungsleistungen (Grund- und Besondere Leistungen (wie vorstehend beschrieben)) entfällt und unter Angabe von Stundensätzen sowie Nebenkosten.

Es wird vorausgesetzt, dass die Honorarabrechnungen den Förderrichtlinien entsprechen werden.

Etwaige Besondere Leistungen sind pauschaliert oder basierend auf Stundenhonoraren anzubieten.

Bei der Angabe von Stundensätzen ist nach den jeweiligen Qualifikationen der Projektausführenden (Projektleiter, stellvertretender Projektleiter, Büroangestellte u. a.) zu unterscheiden.

Darüber hinaus sind neben dem Nettobetrag die gesetzliche Mehrwertsteuer sowie der Bruttobetrag zu benennen.

Es ist aufzuführen, wie bzw. in welchen zeitlichen Intervallen das Honorar abgerechnet werden soll und nachgewiesen wird, und wie dieses gegenüber der Fördermittelgeberin zur Abrechnung kommen soll.

Im Anschluss an das Bietergespräch wird neben der kurzen Präsentation des Preisangebotes auch das in Papierform im Rahmen der Angebotsabgabe und zum Bietergespräch vorgelegte Preisangebot bewertet.

Das jeweilige Preisangebot soll einen Umfang von 6 DIN A4-Seiten bei üblicher Schriftgröße nicht überschreiten.

18.6 Honorarangebot - Höhe/ Bewertung

Die Bewertung erfolgt nach Punkten, die anschließend gewichtet werden. Die Punkte 5, 3 und 1 werden nach folgender Maßgabe vergeben.

Als auskömmliches Honorar wird zunächst der Mittelwert zwischen der Honorarschätzung der Auftraggeberin (H_{AG}) und dem Mittelwert (H_m) aller Angebote (H_i) gewählt.

Das „optimale“ Honorar (H_{opt}) ist dann:

$$H_{\text{opt}} = \frac{H_{\text{AG}} + H_{\text{m}}}{2}$$

Das optimale Honorar H_{opt} wird als sehr gut bewertet und erhält die maximale Bewertung von 5 Punkten. Eine Abweichung von bis zu 5 Prozent ober- und unterhalb dieses Wertes erhält ebenfalls eine Bewertung von 5 Punkten.

Bei Abweichungen zwischen 5 und bis zu 10 Prozent ober- und unterhalb des optimalen Honorar H_{opt} erfolgt eine Bewertung mit 3 Punkten

Alle anderen Honorarangebote erhalten eine Bewertung von 1 Punkt.

18.7 Zusätzliche allgemeine Hinweise

Im Anschluss an das Bietergespräch werden neben der Präsentation der Ausführungen zu den vorstehenden Anforderungen auch die bereits im Rahmen der Angebotsabgabe eingereichten und in Papierform vorgelegten Ausführungen ausschließlich von dem im Bietergespräch anwesenden Personenkreis hinsichtlich der Form und des aufgeführten Inhaltes bewertet.

Eine Kostenerstattung gegenüber dem Bewerber erfolgt ausdrücklich nicht.

19. Verfahren/ Verfahrensart

Offenes Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

19.1 Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer

siehe vorstehend

19.2 Angaben zur Verhandlung

Die Auftraggeberin behält sich vor, den Zuschlag ohne weitere Verhandlung auf Grundlage des im Rahmen des Auswahlverfahrens abgegebenen Erstangebotes des Bewerbers zu vergeben (§ 17 Abs. 11 VgV).

Wie Ihnen bekannt ist, kann die Angebotsfrist nach § 17 Abs. 6 VgV erheblich verkürzt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn wie vorliegend über www.eVergabe.de die elektronische Übermittlung akzeptiert wird und im Übrigen die Voraussetzungen für die Abgabe des Angebotes bzw. das Bietergespräch und mithin die Zuschlagskriterien bereits mit der Auftragsbekanntmachung veröffentlicht worden sind.

Insofern behält sich die Auftraggeberin vor, die Angebotsfrist nach § 17 Abs. 6 VgV zu beschränken.

In diesem Zusammenhang würden die Bieter nochmals gesondert aufgefordert werden, vorsorglich nach § 17 Abs. 7 VgV ihr Einverständnis dahingehend mitzuteilen, dass die Angebotsfrist gegebenenfalls verkürzt wird. Die Verkürzung erfolgt dann auf diese Frist für alle Bieter gleichermaßen.

19.3 Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der öffentliche Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

20. Verwaltungsangaben (Termine/ Fristen)

20.1 Frühere Bekanntmachungen zu diesem Verfahren

Nein

20.2 Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge

Tag: 29.04.2024

Uhrzeit: 12.00 Uhr

20.3 Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe

Tag: 06.05.2024

20.4 Voraussichtlicher Tag des Eingangs der Angebote

Tag: 07.06.2024

Uhrzeit: 12.00 Uhr

20.5 Sprache in der die Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

20.6 Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis 31.07.2024

21. Weitere Angaben

21.1 Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

21.2 Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

- a) Der ausgefüllte Teilnahmeantrag sowie die Anlagen und der EEE-Vordruck sind rechtsgültig zu unterschreiben und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Bewerbungsfrist digital bei www.eVergabe.de einzureichen. Nicht unterschriebene bzw. nicht digital eingereichte Bewerbungen bei www.eVergabe.de werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Ein Angebot, das nicht form- oder fristgerecht eingegangen ist, wird ausgeschlossen, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten (wobei er hierfür nachweispflichtig ist).
- b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich in digitaler Form an die Auftraggeberin unter www.eVergabe.de spätestens 4 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist zu richten.

Verbindliche Stellungnahmen, die für alle Bewerber von Relevanz sind, werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter www.eVergabe.de bis 4 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht.

- c) Eingereichte Bewerbungsunterlagen verbleiben bei der Auftraggeberin und werden nicht zurückgesendet.
- d) Geforderte Nachweise sind in Kopie, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung der Bewerbung beizulegen.
- e) Informationspflicht der Bewerber:

Der Bewerber verpflichtet sich, sich eigenverantwortlich bis 4 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Internetseite zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter wurde der Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 4 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Internetseite veröffentlicht.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gelten folgende Regelungen:

Ist der Teilnahmeantrag bereits versendet worden, so ist dies der Auftraggeberin bis zum Ende der Teilnahmefrist auf www.eVergabe.de mitzuteilen, sofern:

- der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird,
- der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird; der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist vorliegen,
- der alte Teilnahmeantrag - ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben - aufrechterhalten werden soll; auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen; es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist der Auftraggeberin vorliegen muss,
- der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll; in dem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss

Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrecht gehalten wird.

Der Teilnahmeantrag und die übrigen Unterlagen, die zwingend zu verwenden sind sowie die Bewertungsmatrizen, der Vertragsentwurf und die übrigen Anlagen stehen unter www.eVergabe.de zur Verfügung.

Die Auftraggeberin behält sich vor, Erklärungen und Nachweise zum Teilnahmeantrag bei dem Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht beigelegt haben, jedoch eine Relevanz für die Wertung besteht (§ 56 VgV). Die Auftraggeberin wird für die Nachforderung von Nachweisen und

Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Die Anfragen und die Antworten von Bewerbern werden ebenfalls anonym eingestellt.

22. Rechtsbehelfsbelehrungen/ Nachprüfungsverfahren

22.1 Zuständige Stelle für Rechtsbehelfsbelehrungen/ Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Leipzig
Braustraße 2
04107 Leipzig
Deutschland
Tel.: + 49 341 997 0
Fax: + 49 341 997 1049
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Internet-Adresse: <http://www.lds.sachsen.de>

Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat die Auftraggeberin die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bewerber im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber der Auftraggeberin innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis über das Nachrichtenportal bei www.eVergabe.de zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin über das Nachrichtenportal bei www.eVergabe.de zu rügen. Die Frist beginnt mit der Kenntnis des Vergabeverstoßes und endet mit Ablauf des zehnten Kalendertages, spätestens jedoch mit Ablauf der in der Bekanntmachung bzw. den Vergabeunterlagen genannten Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass nach Ablauf dieser Frist Vergabeverstöße, die aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht mehr gerügt werden können.

Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB).

Die Auftraggeberin informiert im Sinne des § 134 GWB spätestens 10 Kalendertage vor dem Vertragsschluss denjenigen bzw. diejenigen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses.

Die Mitteilungen erfolgen ausschließlich auf www.eVergabe.de an den Bieter. Mit der Abgabe des Teilnahmeantrags erklärt sich der Bieter damit einverstanden und verpflichtet

sich, dass der Schriftverkehr ausschließlich über www.eVergabe.de erfolgt, und zwar auch in Bezug auf die Mitteilung über beabsichtigte Rechtsbehelfe seitens des Bieters.

Weiterhin erklärt sich der Bieter einverstanden, dass den nichtberücksichtigten Bietern der Name des erfolgreichen Bieters mitgeteilt wird.

22.2 Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Leipzig
Braustraße 2
04107 Leipzig
Deutschland
Tel.: + 49 341 997 0
Fax: + 49 341 997 1049
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Internet-Adresse: <http://www.lds.sachsen.de>

23. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

26.03.2024

Anlagen:

- Teilnahmeantrag
- Bewertungsmatrix 1
- Bewertungsmatrix 2
- Vertragsentwurf
- EEE-Vordruck
- Lageplan
- Grundlagenermittlung
- Vorplanung